



Einladung zur Pressekonferenz

Die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost – EJJP Deutschland“ stellt sich vor

Zeit: Dienstag, 3. Februar 2004, 11.00 Uhr

Ort: Haus der Demokratie und Menschenrechte im Robert-Havemann-Saal
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin (Prenzlauer Berg)

Es werden sprechen:

- **Richard Kuper** (London)
Generalsekretär EJJP
- **Leah Carola Czollek** (Berlin)
Autorin des Buches „Verständigung in finsternen Zeiten, Interkulturelle Dialoge statt Clash of Civilization“
- **Ruth Fruchtman** (Berlin, Kraków)
Schriftstellerin u. Rundfunkautorin, u. A. Radio-Feature „Der zionistische Traum – das Ende einer Illusion“
- **Marianne Degginger** (Berlin St. Gallen)
Überlebende des Naziregimes in Deutschland
-

Moderation: Prof. Dr. Fanny-Michaela Reisin (Jüdische Stimme und Internationale Liga f. Menschenrechte)

Juden und Jüdinnen wollen der Bundesregierung und der EU helfen, die bedingungslose Begünstigungspolitik gegenüber Israel zu überdenken. Die Verstöße, die in den besetzten Gebieten von der israelischen Regierung gegen Menschenrechte und Menschlichkeit tagtäglich begangen werden sind amoralisch und politisch nicht vertretbar. Die Besatzungspolitik steht im Widerspruch zur Menschenrechtscharta der EU. Im Interesse der Glaubwürdigkeit der Charta der Menschenrechte fordern die Jüdischen Stimme (Berlin) und das Exekutivkomitee des EJJP (Amsterdam) die europäischen und insbesondere die deutsche Bundesregierung auf, ihre konsequente Einhaltung und Umsetzung endlich auch gegenüber Israel zu praktizieren (einzufordern?)

Im November 2003 wurde in Berlin die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ als Sektion der „European Jews for a Just Peace“ (EJJP) gegründet. Die EJJP ist eine Föderation von 20 vornehmlich jüdischen Friedensorganisationen aus 10 Mitgliedstaaten der EU. Die bei der Gründung des EJJP im September 2002 verabschiedete „Erklärung von Amsterdam“ umfasst die Grundsätze und Ziele aller EJJP-Sektionen. Im Mittelpunkt steht die Aufgabe, in Europa dafür zu wirken, dass von der EU ein Engagement entwickelt wird, das unmissverständlich auf die Beendigung der Besatzungspolitik der israelischen Regierung und die Gründung eines palästinensischen Staats sowie mittelfristig auf eine Koexistenz beider Staaten als souveräne Politik- und Handelspartner der EU ausgerichtet ist.

Die *Jüdische Stimme* erwartet von der bundesdeutschen Regierung, dass sie mit allen politischen und ökonomischen Mitteln auf einen Kurswechsel der israelischen Regierung dringt.

Auf der Pressekonferenz wird auch zum jüngsten Skandal Stellung genommen werden, dass die Bundesregierung und andere Staaten der EU darauf verzichtet haben, die von der Generalversammlung der UNO im Dezember 2003 beschlossene Anrufung des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag zu unterstützen, die die Erstellung eines Gutachtens zu den Rechtsfolgen des Baus der „Trennungsmauer“ jenseits der Landesgrenzen von 1949 zum Gegenstand hatte.

Interview:

Der Generalsekretär der EJJP Kuper steht für telefonische Interviews in London ab sofort und für persönliche Interviews am Montag, 2. Februar ab 10.00 Uhr ganztägig zur Verfügung.

Bei Rückfragen:

Fon: 44 05 72 74 oder 01794556486 (Jüdische Stimme, Petra Mendelsohn)

Fax: 396 21 47 oder 84 10 79 10